

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (mit Post monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle: Dresden-III, Postfach 17230 / Fernsprecher: 17230 / Druckerei: Dresden-III, Postfach 17230 / Montag von 18 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 11 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 11 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde

5. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 28. Dezember 1929

Nummer 300

## Die Politik macht Schacht!

Herb „gegen“ die Steuerentlastung — die Sozialdemokratie dabei! / Zusammenbruch des Ableitungsmanövers der Wählerdemokratie in der Regierungsfrage! / Die SPD drängt auf Verschärfung der Dresdner städtischen Betriebe

Hermann-Müller-Kabinett muß parieren!

### Auf dem Wege zur Haager Konferenz

Berlin, 28. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern nachmittag trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der die deutsche Delegation der Haager Konferenz zusammengeleitet wurde. Schacht, der Reichsbankpräsident, nahm an der Sitzung teil und hat zu wiederholten Malen das Wort ergriffen. Wie stets, nahm man auch gestern keine Vor schläge Krawitz an, über die offiziell nicht veröffentlicht wird. Sicher aber ist, daß der deutschsozialistische Außenminister Curtius die Führung der Delegation übernimmt und der deutsche neue Finanzminister Moldenhauer und der Reichsbankpräsident die beziehten Gebiete, Wirth, vom Zentrum, der Delegation angehören. Wer der vier ministerielle Teilnehmer an der Konferenz sein wird, ist noch nicht bestimmt, entweder der neu ernannte Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt oder Sewering. Schacht selbst wird der Delegation als Chef der Sachverständigen angehören. Ihm schließen sich Geheimrat Kalk und Reichsverband der deutschen Industrie und der Großbankier Reichsgraf an, von denen die SPD vielleicht erzählt wird, daß sie im Haag die Interessen der Arbeiter vertreten werden.

### Wessen Interessen werden vertreten?

Welche Rolle Schacht in Wirklichkeit spielt, geht aus französischen Veröffentlichungen hervor, wonach die französische Regierung gegen die gesamte amerikanische Anteile der deutschen Regierung durchaus keinen Einpruch oder Protest erheben wird, sondern Schacht sich ganz freiwillig mit den Ententestaaten solidarisiert, die den internationalen Geldmarkt für die Mobilisierung der ersten deutschen Reparationsverpflichtungen freihalten möchten und deshalb am Scheitern der deutschen Auslandsanleihe sehr interessiert waren. Bekanntlich wird ein Teil der von den Deutschen jährlich geleisteten Zahlungen nach den Bestimmungen des Youngplans durch Ausgabe sogenannter Schuldverschreibungen auf dem internationalen Geldmarkt planmäßig zu einer einmaligen großen Schuldsumme Deutschlands gemacht werden. An Stelle einer politischen Schuld an die Gläubiger-Regierungen tritt in einem solchen Fall eine rein geschäftliche Schuld an Privatkapitalisten.

Damit handelt es sich für diesen sehr beträchtlichen Teil der gesamten Reparationen — nämlich die sogenannten ungeschützten Reparationen Deutschlands — jede Möglichkeit zu einer späteren Herabsetzung und Verbesserung aus. Das ist eine außerordentliche Verschlechterung gegenüber dem Dawesplan und Schacht, der in seinem bekannten Memorandum sich schuldig über die schweren Lasten des Youngplans entläßt, macht sich selbst zum Anwalt der privatkapitalistischen Ententeinteressen im Youngplan. Der Diktator Deutschlands, der die Steuern, Ministerab- und -ausgaben und die Zusammenlegung der Haager Delegation dirigiert, läßt sich ausschließlich als Anwalt dieser Reparations- und der internationalen Finanzkapitalisten.

So schreitet die finanzkapitalistische Diktatur in Deutschland von Stufe zu Stufe zur vollkommenen Herrschaft über bisher noch lebendigen parlamentarischen Hemmungen und der letzten Reste formaler „Demokratie“. Die Berechtigung der gesamten Wirtschaft und Finanzpolitik vom Reich bis hin zu kleinen Gemeinden als dem Finanzkapital die Möglichkeit, seinen archaischen Ausbeutungsantrieb auf vorläufig noch „legalen“ Grundlinien durchzuführen. Die offiziellen Vereinbarungen zwischen dem deutschen und dem internationalen Kapital, die auf der Haager Konferenz getroffen werden sollen, werden schon durch die Zusammenlegung der deutschen Delegation treffend charakterisiert. Schacht diktiert, Curtius, Moldenhauer und Wirth teilen unter sich die von Schacht vorgezeichneten Vorrechte und als späterer Vorposten wird noch ein Sozialdemokrat als Statist hinzugezogen. Diese Delegationszusammenlegung kennzeichnet den Kurs, der die Vertretung der „deutschen Nation“ im Haag bezeichnen wird. Die Umkehrung der Reichsregierung war nur das Vorbild zu diesem Angriff auf die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Diese treuen Anhänger der deutschen herrschenden Klasse werden dem westlichen Volk eine Lamine neuer Belastungen, eine Sturmgewalt härtester Ausbeutung, einen Ostwind politischer und sozialer Enttäuschung bringen.

Dah die deutsche Bourgeoisie in so offene und brutale Form vielen stark ansehnlichen Ansoff manen kann, ist zum großen Teil das Verdienst der Politik der Sozialdemokratie. Im Verborgenen, dessen Finlen die wertvolle Bevölkerung zahlen. Die letzten Tage und Wochen haben das Konto der Sozialdemokratie mit neuen Schuldbüchern beladen, die nicht durch die Arbeiter zur Vertretung der arbeitenden Bevölkerung belohnt werden, sondern auch durch die volle Verantwortlichkeit für die gesamte Offensive des Kapitals. Gerade die Erhaltung der Reichsregierung um der Haager Konferenz willen und die Heberhebung des Finanzministeriums in die Hand des offenen Kapitalisten Moldenhauer ist ein Beweis für diese Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie.

Dah die Heberhebung eines solchen Schuldkontos nicht ohne Widerstand geschehen kann, ist jedem klar, der den Charakter der sozialdemokratischen Politik auch nur einigermaßen zu erkennen imstande ist. Während jedoch früher die Sozialdemokratie manchmal zu einem großzügigeren Manöver greifen konnte, während

es früher noch imstande war, wenigstens noch auch hin eine große Geste gegen die Durchführung einer Politik zu tun, die sie erst vorher ermöglicht hatte, zwingt die Entwicklung heute mehr und mehr zum Verzicht auf solche großen Gesten. Und so ist das diesmal durchgeführte Manöver schäblicher, als man vielleicht erwartet hatte. Sofort nach dem Rücktritt Hilferdings übernahm insbesondere die „linke“ sozialdemokratische Fraktion die Reubelung des Finanzministeriums durch einen Sozialdemokraten, wobei man der Nation halber Andeutungen über eine eventuelle Ausräumung machte. Dieses verlorene Manöver brach sofort zusammen und schon 24 Stunden später erklärte man, daß Hilferding eigentlich nur deshalb den Rücktritt erhaltend hätte, weil er nicht verstanden habe, Herrn Schacht die Initiative für die Finanzpolitik durch selbständige Verantwortung des schamlosen Raubtums aus der Hand zu nehmen. Wir können hier an die Stellungnahme des Dresdner Volksblattes erinnern, die ganz offen auspricht, daß das Hauptverbrechen ist, den die Sozialdemokratie Hilferding machen sollte. Das war natürlich nichts weiter als eine widerliche Anbiederung an das Finanzkapital. Dieses aber hatte in diesem Stadium der Entwicklung keine Lust, den Scharfmachertum der Finanzpolitik

### Sozialfaschisten als Handlanger der kapitalistischen Diktatur

## Unfreiwilliges Geständnis eines „linken“ Sozialfaschisten

Im Sächsischen Volksblatt vom 24. Dezember schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Segewitz über die Verhängung der Diktatur in Berlin durch seinen Parteigenossen Grafen v. Helldorf. Segewitz schreibt natürlich „Halbes den Dieb“, das heißt er tut so, als ob der Oberpräsident von Berlin-Standenburg ohne das Einverständnis Grafen v. Helldorf gehandelt habe. Immerhin macht dann Segewitz folgendes Geständnis:

### Die Verschärfung der städt. Werke geht den Sozialdemokraten nicht schnell genug!

Dresden, den 28. Dezember.

Gestern fand eine Sitzung der vorbereitenden Stadtratskommissionen aus, die mit den Vertretern des Rates statt, in der die Frage der Verschärfung der städtischen Werke an das Privatkapital auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. In der Sitzung, die in der 20. Stunde beginnen sollte, arrangierten die Sozialdemokraten in einem Einverständnis mit Dr. Führer und Oberbürgermeister Dr. Müller eine Besprechung mit den einzelnen bürgerlichen Fraktionen, um sie für eine reibungslose Abwicklung ihrer arbeiterfeindlichen Pläne zu bewegen. Die Vertreter der kommunistischen Stadtratskommissionen aber hatten sofort nach Sitzungsbeginn, der in die 23. Stunde fiel, einen Antrag die Verschärfung der Anlegenheit zu verwerfen. Als Entgegnung kam dieser Antrag die Sozialdemokraten durch Dr. Führer, Dölling, die damit wieder bewiesen, daß ihnen die Verschärfung der städtischen Betriebe an das Privatkapital nicht schnell genug gehen konnte. Den Vertretern der werktätigen Schichten, den Stadtratskommissionen der kommunistischen Partei, ist durch den schneidenden Abschuß der Vorredenungen die Möglichkeit ausreichender Mobilisierung der Werktätigen genommen worden. Die Werktätigen sollen die Kosten dieses Schachers mit den städtischen Werken tragen. Die kommunistische Partei wird ihnen die Bedeutung dieser Verschärfung aufzeigen und den Klassenkampf gegen die Pläne des Finanzkapitals und ihrer sozialfaschistischen Kollaborateure führen.

durch die Manöver der Sozialdemokratie hemmen zu lassen und verlangte das Finanzministerium für seinen schärfsten Vertreter in der Regierung, Moldenhauer, und schon kapitalisierte die „linke Partei“. Als Lohn dafür nahm sie das Wirtschaftsministerium in Empfang, das selbstverständlich dem Diktator des die Finanzpolitik führenden Moldenhauer vollkommen unterworfen ist. Diese innerhalb weniger Stunden vollkommene Kapitulation hat natürlichermode auch unter den sozialdemokratischen Anhängern Mißtrauen, zum Teil sogar offene Empörung hervorgerufen.

Deshalb sucht man wieder nach neuem Vorkostungsstoff, um die Rebellion der sozialdemokratischen Wähler zu dämmen. Die städtische Gestalt des Herrn Dr. Herk, die einen Augenblick bei den Verhandlungen über den Ministerkader aufgetaucht war, wird an den Randpunkt gedrückt, um eine Entlastungs-offensive für die sozialdemokratische Vertriebspolitik zu ermöglichen und triumphierend schreiben die sozialdemokratischen Führer Schachs an der Spitze die Volkszeitung, ihren belagerten und betrogenen Lesern entgegen:

### „Herb gegen die Steuerentlastung“

Die „linke“ sozialdemokratische Presse veröffentlicht eine Zusammenfassung aus der Rede des Dr. Herk über die Gründe seiner Ablehnung des ihm angetragenen Finanzministerpostens. Herk sollen dem durchgeführten „Minister“ gegen die Helms Freude, so zu tun, als ob er und seine Bedenken die Übernahme des Finanzministeriums durch die Sozialdemokratie unmöglich gemacht haben. Wir nehmen an, daß sie wissen, weshalb nach dem Diktator Schachs und nicht nach den „moralischen Hemmungen“ Herk in Deutschland regiert wird, und weshalb Moldenhauer und nicht Herk die Geschäfte der Finanzpolitik der Youngregierung durchzuführen soll. Aber eine Betrachtung der Ausführungen des sozialdemokratischen Ministerkandidaten ist deshalb besonders interessant, weil die Schmeicheleien der SPD, ihren Beitrag den Wahlen gegenüber weiterzuführen, deutlich zeigen. Herr Herk erklärt u. a. wörtlich:

„Durch die Annahme des Youngplans werden zwar die deutschen Reparationslasten in den nächsten Jahren um rund 700 Millionen Mark jährlich ermäßigt. Davon steht aber nur ein kleiner Teil für Steuerentlastungen zur Verfügung, da der größere Teil dieses Betrages für den Ausgleich des Reichshaushaltes erforderlich ist. Die unangenehme Entwicklung der Reichsfinanzen im Jahre 1929, die

„Demokratie nur so lange, so lange die herrschende Klasse mit Hilfe der Demokratie regieren kann, Ausschaltung der demokratischen Rechte durch die härteren, entscheidenden Wirtschaftskräfte, wenn die Demokratie ein Mittel gegen die Wirtschaft werden sollte. Die Möglichkeit dieser Behauptung wird mit aller Deutlichkeit gerade bei der jetzt über die Gemeinde Berlin verhängten Finanzkontrolle bewiesen. Der wenigen Wochen erst ist in Berlin in demokratischer Wahl eine harte sozialdemokratische kommunalistische Mehrheit gewählt worden, in der zweiten Sitzung, zu der die neue Stadtratskommissionenversammlung zusammengetreten ist, behielt die Mehrheit eine Weisungsbevollmächtigte für die Erwerbsteuern mit einer Gesamthöhe von 10 bis 15 Millionen Mark, in der dritten Sitzung wird die Verschärfung der Finanzkontrolle durch den Oberpräsidenten und die diktatorische Festsetzung mitgeteilt, daß die Beihilfe der Stadtratskommissionen zugunsten der Erwerbsteuern ebenso, wie alle weiteren Ausgaben bestimmenden Beihilfe der Stadtratskommissionen nicht ausgeführt werden dürfen.“

Solche Maßnahmen sind mehr als alles Geheiß der Faschisten dazu angetan, das parlamentarisch-demokratische System im Nichtdasein zu bringen und die faschistischen Tendenzen zu härten. Die Wähler sollen sich bei dieser Maßnahme erklären, die demokratischen Wählervertretung doch ganz unwillkürlich fragen, wozu sie denn überhaupt noch ihr Wahlrecht ausüben sollen, wenn das von ihnen gewählte Parlament nichts zu sagen hat und wenn es weislich sichtbar gezeigt wird, daß die Staatsgewalt nicht vom Volk, sondern von den kapitalistischen Kräften und einem von diesen indertem beauftragten Diktator ausgeht.“

Segewitz gibt mit diesen Worten zu, daß der Sozialfaschist Grafen v. Helldorf durch seine Maßnahmen die faschistischen Tendenzen zu härten. Ferner gesteht Segewitz ein, daß im kapitalistischen System die parlamentarische Demokratie nur eine Dekoration ist, hinter der bei jedem ersten Anlaß die kapitalistische Diktatur zum Vorschein kommt.

Trotzdem verteidigen die Sozialfaschisten Segewitz und Konstanten diese mörderische kapitalistische Diktatur gegen den Kultur der stoffenbemühten Arbeiterklasse, die um ihrer Selbsterhaltung willen für die Diktatur des Proletariats kämpfen muß.